

**MuP-Arbeitshilfe
(Juli 2014)**

Factsheet: Vertrauen in Politik und Demokratie in Zahlen

Von Katrin Matuschek

Die BürgerInnen begegnen den politischen EntscheidungsträgerInnen und politischen Organisationen in Deutschland zunehmend mit Distanz und Skepsis. Im Folgenden haben wir für Sie Umfrage- und Studienergebnisse und -befunde der letzten Jahre zusammengestellt, die aufzeigen, wie es um das Vertrauen in die Politik und Demokratie bestellt ist:

Lage laut einer repräsentativen Erhebung (September 2013) der Stiftung für Zukunftsfragen, für die über 2.000 BundesbürgerInnen in persönlichen Interviews befragt wurden.

Von einer **großen Mehrheit der Deutschen, wird den gewählten VolksvertreterInnen die Kernkompetenz „nachhaltige Gestaltung unseres Landes“ abgesprochen.**

- Nur 7 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass die PolitikerInnen Deutschland „gut auf die Zukunft vorbereiten“.
- Neun von zehn Deutschen geben an: PolitikerInnen sind nicht mehr ehrlich und Wahlversprechen werden nicht eingehalten.
- Fast ebenso viele bejahen, dass Parteien mehr am Machterhalt, als am Wohl der BürgerInnen interessiert sind.

**Vertrauensverlust und Unzufriedenheit
Jungwähler zeigen wenig Interesse**

Von je 100 Befragten nennen als Grund für das Nichtwählen vieler Bundesbürger:



BAT-Stiftung für Zukunftsfragen im September 2013, <http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/de/forschung/forschungsthemen/die-zukunft-der-politik.html>

Das **Vertrauen der BürgerInnen in politische Eliten und Parteien** und zugleich das **Zutrauen in den demokratischen Aufbau des Landes schwindet**, so die *Befunde der FES-Studie aus dem Jahr 2009 „Demokratie!- Nein Danke? von Serge Embacher*, in der 2503 Deutsche ab 16 Jahren in einer repräsentativen persönlichen mündlichen Befragung ihr Urteil abgaben. In der folgenden Tabelle sind die Erwartungen und Einschätzungen gegenüber zentralen Elementen der Demokratie gegenübergestellt:

Elemente der Demokratie	Einschätzung der Wichtigkeit („sehr wichtig“)	Einschätzung der wirklichen Verhältnisse („trifft voll und ganz zu“)
... dass alle BürgerInnen vor dem Gesetz gleich sind.	74%	19%
... dass es sozial gerecht zugeht.	67%	12%
... dass jeder seine politischen Ansichten frei äußern kann.	67%	39%
... dass alle die Gesetze achten.	61%	11%
... dass alle Menschen gleiche Lebenschancen haben.	54%	9%
... dass die gewählten PolitikerInnen ihre Politik weitgehend nach den Wünschen der BürgerInnen ausrichten.	53%	7%
... dass regelmäßige freie und geheime Wahlen stattfinden.	53%	53%
... dass die ArbeitnehmerInnen das Recht haben, für Arbeitsplätze und Lohnerhöhungen zu streiken.	52%	34%
... dass die BürgerInnen politisch so informiert werden, dass sie sich an der Politik beteiligen können.	46%	9%
... dass die ArbeitnehmerInnen in den Betrieben mitbestimmen können.	46%	15%
... dass man wählen geht.	45%	28%
... dass eine starke Opposition die Regierung kontrolliert.	43%	15%
... dass die Rechte der Minderheiten gewährleistet sind.	40%	14%
... dass die BürgerInnen sich für gesellschaftliche Belange einsetzen.	38%	9%
... dass sich BürgerInnen politisch beteiligen.	36%	9%

Während die Studie feststellte, dass die rechtsstaatlichen Institutionen (wie Bundesverfassungsgericht, Gerichtsbarkeiten, Polizei) weiterhin hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießen:

- **sinkt das Vertrauen in die demokratischen Prozesse** (z. B. im Bundestag und bei der Bundesregierung) und
- **der Vertrauensverlust in die politischen Eliten** (Parteien, PolitikerInnen) fällt **dramatisch** aus.

Hinzukommt, dass auch die **Problemlösungskompetenz von Demokratie immer mehr in Frage gestellt** wird: So antworteten auf die Frage: „*Wenn jemand sagt: Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben. Würden Sie dem voll und ganz, eher, eher nicht oder gar nicht zustimmen?*“

Stimme voll und ganz zu: 13%	Stimme eher nicht zu: 26%
Stimme eher zu: 54%	Stimme überhaupt nicht zu: 6%

Eine *repräsentative Bevölkerungsumfrage des Fachgebietes Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim im Sommer 2013* beschäftigte sich u.a. mit der **politischen Kommunikation in Deutschland zur Eurokrise**, die die Deutschen als wichtigstes Thema, wenn es um Wirtschaftsfragen geht, benannt haben.

In dieser Befragung wurde zu einem Anliegen, das die Befragten als wichtigstes Thema in der Berichterstattung über Wirtschaft einstufen, gerade **den politischen EntscheidungsträgerInnen bzgl. der Kommunikation mit den BürgerInnen kein besonders gutes Zeugnis ausgestellt.**

Und so schätzen die Befragten die öffentliche „politische“ Kommunikation über die Eurokrise ein:

- **Nur 29 Prozent der Menschen glauben, dass PolitikerInnen ihrer Aufgabe als Volksvertreter nachkommen – Note „ungenügend“.** JournalistInnen werden fast von der Hälfte der BürgerInnen (46 %) eher als Vertreter ihrer Interessen wahrgenommen.
- **Nur 16 Prozent der Befragten sind mit den Inhalten der politischen Kommunikation im Zuge der Eurokrise zufrieden.** Am zufriedensten sind die BürgerInnen mit der Kommunikation der JournalistInnen, die im Ranking klar vorn liegen, obwohl die VolksvertreterInnen für die Kommunikation mit den BürgerInnen in erster Linie eigentlich „zuständig“ sind, sind diese weit abgeschlagen hinter den JournalistInnen und sogar den Unternehmen.
- **84 Prozent der Befragten sind überzeugt, die PolitikerInnen sagen nicht alles Wichtige bei der Eurokrise - jedenfalls nicht die Wahrheit (89 %) - und dies dann auch noch unverständlich (82 %).**
 - Jeder Dritte (31 %) befürchtet z.B., dass die Demokratie in Deutschland durch die intransparenten Prozesse des politischen Krisenmanagements, aber auch der EU-Politik, Schaden nehmen könnte.
 - Dass die Krise – wie einige PolitikerInnen Glauben machen wollen – ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, denken nur gerade einmal 17 Prozent.
- Im Vergleich dazu glauben die BürgerInnen, dass Unternehmen zu 61 % und Medien nur zu 54 % nicht die Wahrheit sagen, wenn es um die Eurokrise geht. D.h. die Unternehmensinformationen (33 %) und vor allem die Medienberichterstattung (57 %) werden dbzgl. deutlich besser bewertet als die der Politik (11%).
- **71 Prozent der Menschen glauben nicht, dass die politischen Volksvertreter sich für ihre Interessen als BürgerInnen einsetzen.**

Repräsentative Bevölkerungsumfrage des Fachgebietes Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim, 2013

Quelle zum Vertiefen

In der MuP-Arbeitshilfe [„Vertrauen schaffen! Politik und Glaubwürdigkeit“](#) gehen wir dem Vertrauensverlust auf die Politik näher auf die Spur und untersuchen, wie PolitikerInnen, Medien und Zivilgesellschaft zu mehr Vertrauen in die Politik und ihre Institutionen beitragen können.